

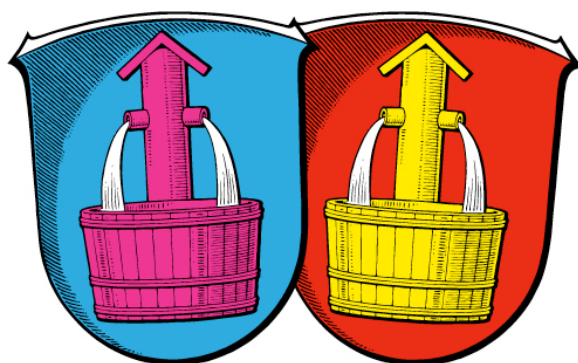
Vereinbarung

über die

parlamentarische Zusammenarbeit

von

FDP und SPD



in

Steinbach (Taunus)

für die

Wahlperiode 2016 bis 2021

Präambel

Am 6. März 2016 haben die Steinbacherinnen und Steinbacher ein neues Stadtparlament gewählt und damit die Weichen für die Zukunft unserer Stadt gestellt.

Wir Steinbacher Liberale und Sozialdemokraten sind gestärkt aus dieser Wahl hervorgegangen. Wir wollen zukünftig vertrauensvoll zusammenarbeiten und schließen daher für die Jahre 2016 bis 2021 diesen Koalitionsvertrag.

Steinbach hat Zukunft, Steinbach ist unser Zuhause, und deshalb wollen wir uns gemeinsam für eine attraktive und lebenswerte Stadt, ein starkes und selbstbewusstes Steinbach einsetzen. Steinbach ist eine dynamische Stadt mit einer engagierten Bürgerschaft und starken Vereinen. Wir wollen den Gemeinsinn und Zusammenhalt in der Stadt fördern. Wir unterstützen Bürgermeister und Magistrat bei den gemeinsamen Zielen für Steinbach und setzen auf die Zusammenarbeit aller Parteien und Fraktionen, Kirchen, Vereinen und Verbänden und aller engagierten Bürgerinnen und Bürger zum Wohle unserer Stadt. Wir wollen an einem Strang ziehen um Steinbachs Zukunft zu sichern.

Wir stehen für ein weltoffenes Steinbach, das Neubürger mit offenen Armen aufnimmt und eine echte Heimat bietet. Wir setzen uns für den Erhalt der städtischen Selbständigkeit ein: Steinbach soll seine Traditionen und seinen eigenständigen, herzlichen Charakter bewahren und wachsen, schöner und lebenswerter werden.

Uns ist es wichtig, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt wohlfühlen. Wir wollen, dass alle Kinder, die in Steinbach aufwachsen, Steinbach als ihre Heimat empfinden, und ihnen die Welt offensteht. Wir wollen, dass sich junge Steinbacher Familien ihren Traum vom Eigenheim oder der ersten eigenen Wohnung in Steinbach erfüllen können, ohne wegziehen zu müssen, und wir wollen nicht, dass alte Menschen von ihren Familien getrennt werden, weil jemand pflegebedürftig wird. Dazu brauchen wir hochwertigen und preisgünstigen Wohnraum für die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebensumstände. Auf die Mischung kommt es an!

In den letzten Jahren ist in unserer Stadt viel passiert: Steinbach hat sich zu einem attraktiven Wohnort entwickelt. Aber es bleibt noch viel zu tun! Steinbach muss sich als Stadt im Wettbewerb mit anderen Kommunen behaupten. Große soziale und integrative Aufgaben müssen gelöst werden. Durch die Aufnahme Steinbachs in das Förderprogramm ›Soziale Stadt‹ haben wir die Grundlage gelegt, dass dies gelingen kann.

Das in § 2 beschriebene Sachprogramm basiert auf den Aussagen der Koalitionspartner in ihren Wahlprogrammen zur Kommunalwahl am 6. März 2016.

Die geschlossene Vereinbarung wird verbindlich, wenn die zuständigen Gremien der beiden Parteien (Fraktionen und Mitgliederversammlungen bzw. Parteivorstände) der Vereinbarung zugestimmt haben.

§ 1

Koordination der Zusammenarbeit

(1) Koalition

Für die Zwecke einer gemeinsamen Kommunalpolitik vereinbaren FDP und SPD (nachfolgend ›Koalitionspartner‹ oder ›beide Parteien‹ genannt) eine enge, abgestimmte, von gegenseitigem Vertrauen geprägte Zusammenarbeit zunächst für die Dauer der kommunalen Wahlperiode von 2016 bis 2021. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf alle Punkte dieser Vereinbarung, insbesondere auf die Zusammenarbeit in der Stadtverordnetenversammlung, in den Ausschüssen und Gremien und im Magistrat sowie auf alle anderen kommunalpolitisch relevanten Themen, die sich im Verlauf der Wahlperiode ergeben.

(2) Zusammenarbeit

Die Koalitionspartner verpflichten sich, auf den unter Abschnitt (1) dargestellten Gebieten der Zusammenarbeit vertrauensvoll gemeinsam zu beraten, zu handeln und abzustimmen. Wechselnde Mehrheiten sind grundsätzlich ausgeschlossen. Nur in Ausnahmefällen und im beiderseitigen Einvernehmen sind Abstimmungen mit unterschiedlichen Voten zulässig.

Bei Anträge zur Stadtverordnetenversammlung werden sich die Koalitionspartner rechtzeitig gegenseitig zur Kenntnis geben und sich abstimmen, ob sie als Koalitionsanträge oder Anträge der einzelnen Fraktionen eingereicht werden. Gemeinsame Anträge sollen im Parlament von der Fraktion begründet werden, die den Koalitionsantrag vorgeschlagen und ausgearbeitet hat. Sie soll auch für die Veröffentlichung in der Presse verantwortlich sein. Findet ein Antrag der einen Seite beim Koalitionspartner im Vorfeld der Einbringung keine Zustimmung, so werden sie dem Koalitionsausschuss zur Beratung und einvernehmlichen Klärung vorgelegt. Findet keine Einigung statt, so soll auf den Antrag zunächst verzichtet werden.

(3) Informationsaustausch

Die Koalitionspartner vereinbaren auf allen Gebieten der Zusammenarbeit einen weitgehenden Informationsaustausch. Damit soll sichergestellt werden, dass die Koalitionspartner bei anstehenden Abstimmungen und Handlungen über einen annähernd gleichen Informations- und Sachstand verfügen.

Der Informationsaustausch soll in Abhängigkeit der zu klärenden Fragen nach folgendem Schema erfolgen:

- Absprachen zum Tagesgeschäft (z. B. Vorlagen in der Stadtverordnetenversammlung, allgemeine Fragen) durch Kontakt der beiden Fraktionsvorsitzenden, ggf. auch mit dem Bürgermeister.
- Absprachen schwieriger Art , komplexe Vorlagen/Anträge durch Zusammenkunft des Koalitionsausschusses.

- Absprachen grundlegender Art durch gemeinsame Fraktionssitzung.

Darüber hinaus kann und soll der Informationsaustausch auch auf den jeweiligen Ebenen der Zusammenarbeit stattfinden.

(4) Koalitionsausschuss

Für die Abstimmung der parlamentarischen Zusammenarbeit wird spätestens mit dem Abschluss dieser Vereinbarung ein ständiger Koalitionsausschuss gebildet, der für alle Fragen der Zusammenarbeit und für den Informationsaustausch zuständig ist.

Der Koalitionsausschuss besteht aus den Fraktionsvorsitzenden der beiden Parteien und max. jeweils 3 weiteren Mitgliedern beider Parteien sowie dem Bürgermeister.

Die Sitzungen des Koalitionsausschusses werden abwechselnd vom FDP- und vom SPD- Fraktionsvorsitzenden geleitet, die auch für ein Beschlussprotokoll sorgen, das die Ergebnisse getroffener Abstimmungen dokumentiert.

Dem Koalitionsausschuss sind die unter Absatz (2) und (3) genannten Punkte zur Diskussion und internen Abstimmung vorzulegen. Das Gleiche gilt für Grundsatzentscheidungen (z. B. Stadtentwicklung, Baugebiete usw.) die sich aus Absatz (7) ergeben. Zwischen den Koalitionspartnern ist eine inhaltliche und verfahrenstechnische Einigung anzustreben.

Eine inhaltliche und/oder verfahrenstechnische Einigung ist in jedem Fall vor der jeweiligen Sitzung anzustreben. Dies geschieht durch den Koalitionsausschuss, Besprechung der Ausschussmitglieder und/oder eine Vorbesprechung vor der Magistratssitzung. Die Mitglieder des Koalitionsausschusses, insbesondere die Fraktionsvorsitzenden, werden sich für die Verwirklichung der gemeinsamen Politik einsetzen.

(5) Arbeitsgruppen

Auf Wunsch einer Partei kann zu einzelnen Sachthemen und auf Basis eines jeweils abgestimmten Arbeitsauftrages die Bildung von Arbeitsgruppen mit dem Ziel beschlossen werden, Vorschläge zu erarbeiten und Empfehlungen auszusprechen.

(6) Öffentlichkeitsarbeit

Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass es bei jeder Partei auch weiterhin eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit geben wird.

Pressemitteilungen der Fraktionen werden vor Veröffentlichung der jeweils anderen Partei zur Kenntnisnahme zur Verfügung gestellt. Dies gilt nicht für die Veröffentlichungen von Anträgen, die dem Koalitionspartner zuvor vorgelegt wurden.

Angriffe auf Äußerungen und Personen des Koalitionspartners in Pressemitteilungen und/oder in der Öffentlichkeit sind von Seiten der Fraktionen und Parteien zu unterlassen.

(7) Andere Parteien

Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass Anträgen der anderen im Stadtparlament vertretenen Parteien zugestimmt werden soll, wenn sie sachlich berechtigt sind. Die Fraktionen streben auch hier ein einheitliches Abstimmen an. Deshalb soll die gemeinsame Haltung zu den Anträgen anderer Fraktionen im Vorfeld besprochen werden und Einigkeit diesbezüglich erzielt werden.

§ 2 Sachprogramm

Haushalt

Der Abbau von Altschulden ist die wichtigste Aufgabe der Zukunft, damit Steinbach lebensfähig und eigenständig bleibt. Für die Koalition ist die weitere Gesundung der Finanzen die zentrale Aufgabe, weil Schulden die Handlungsmöglichkeiten der Stadt einschränken und zukünftige Generationen belasten. Wir sagen deshalb: Eine soziale Stadt muss auch wirtschaftlich stark sein.

Steinbach hat auf diesem Gebiet in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht: Es war eine glückliche Entscheidung, am sogenannten ›Schutzschirmprogramm‹ des Landes teilzunehmen: Damit konnten 46 % der Steinbacher Schulden zum damaligen Stichtag getilgt werden – 8,6 Millionen Euro.

Im Gegenzug hat das Land für die Hilfe im Schutzschirmprogramm klare Vorgaben gemacht: Ab 2016 muss der Haushalt der laufenden Verwaltung ausgeglichen sein. Auch in Zukunft werden deshalb Ausgabenkürzungen, Einnahmenverbesserungen und Verkäufe von städtischem Eigentum nicht auszuschließen sein.

Um weiter ausgeglichene Haushalte zu erreichen, werden wir:

- eine regelmäßige Bestandsaufnahme der Einnahmen und Ausgaben im Vergleich zum verabschiedeten Haushalt vornehmen, um Fehlentwicklungen zeitnah zu erkennen und unverzüglich gegensteuern zu können.
- wenn unumgänglich die Anpassung der Hebesätze der Grundsteuer A und B und eine maßvolle, zeitlich gestaffelte Erhöhung der Betreuungsgebühren (insbesondere U3) bis auf ein Drittel der laufenden Kosten vornehmen.
- Sollte als weitere Maßnahme auch die Erhöhung der Hebesätze der Gewerbesteuer nötig sein, ist dabei zu beachten, dass dadurch nicht die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Steinbach gefährdet wird: Steinbach muss auf diesem Gebiet für Unternehmen attraktiv bleiben, um die Abwanderung von Unternehmen und damit einhergehende gravierende Einnahmeverluste zu vermeiden und die Ansiedlung neuer Unternehmen, gerade mit Hinblick auf das neue Gewerbegebiet ›Im Gründchen‹, nicht zu erschweren.

Uns ist klar: Die nach wie vor angespannte Haushaltslage und der hohe Kassenkredit erfordern auch weiterhin Anstrengungen für eine Haushaltskonsolidierung. Aber trotz aller Spar-

bemühungen auch im investiven Bereich dürfen wir Steinbach nicht kaputtsparen. Notwendige Ausgaben in die Erhaltung der Infrastruktur – z. B. Straßen, Gebäude Sozialeinrichtungen – müssen weiterhin erfolgen, um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu erhalten. Einsparungen an der falschen Stelle kommen uns sonst später teuer zu stehen. Das Städtebauförderprogramm ›Soziale Stadt‹ und andere Förderprogramme müssen wir für weitere Investitionen geschickt nutzen – insbesondere wenn es um den Wiederaufbau des Bürgerhauses, die Neugestaltung des St.-Avertin-Platzes, die Sanierung des Rathaus, den notwendigen Neubau des Feuerwehrgerätehauses und den Neubau der Katholischen Kindertagesstätte geht.

Wirtschaftsförderung und neues Gewerbegebiet

Die Steigerung der Gewerbesteuererinnahmen ist der Schlüssel zur Verbesserung der Steinbacher Finanzen. Um hier Zuwächse zu erzielen, ist es weiterhin notwendig, mehr Gewerbebetriebe in Steinbach anzusiedeln.

Um die Gewerbesteuererinnahmen zu erhöhen werden wir:

- das neue ca. 5 Hektar große Gewerbegebiet ›Im Gründchen am Bahnhof‹ (nördlich des bestehenden Gewerbegebiets, gegenüber der Max-Tankstelle) so schnell wie möglich realisieren; dies hat für uns oberste Priorität. Es sind alle notwendigen Voraussetzungen zur Erschließung eines neuen Gewerbegebietes ›Im Gründchen‹ zu ergreifen. Die Verkehrsinfrastruktur des neuen Gewerbegebiets muss den Anforderungen moderner Unternehmen entsprechen.
- den Einzelhandel in Steinbach unterstützen, damit Steinbach auch weiterhin für seine Bewohner attraktiv bleibt.
- eine Neuansiedlung von Geschäften in Steinbach-Mitte (z. B. am Freien-Platz/Pijnacker-Platz und St.-Avertin-Platz) fördern.
- die Schaffung zusätzlicher Ausbildungs- und Arbeitsplätze durch Ansiedlung und Förderung weiterer Unternehmen fördern.
- das Stadtfest des Gewerbevereins weiter unterstützen, weil hier Gewerbebetriebe einmal in Jahr ihr Unternehmen vorstellen können.
- eine weiterhin enge Zusammenarbeit zwischen Gewerbeverein und Stadtverwaltung betreiben.
- die professionelle Wirtschaftsförderung der Stadt zusammen mit dem Hochtaunuskreis und der Region Frankfurt/Rhein-Main zu unterstützen und auszubauen.

Klimaschutz und der Ausbau der regenerativen Energien

Für den Klimaschutz und den Ausbau der regenerativen Energien wollen wir

- weiterhin die gezielte Beratung von Hausbesitzern unterstützen, die in Steinbach Dachflächen für Solaranlagen nutzen, Wärmedämmung vornehmen oder im Haus oberflächen-nahe Erdwärme zum Einsatz bringen wollen.
- städtische Gebäude – allen voran das Rathaus und die Trauerhalle – energetisch sanieren, um langfristig Heizkosten zu sparen, soweit es die Haushaltsslage zulässt.
- die Elektromobilität durch städtische Elektroautos und Stromtankstellen fördern.

Gebühren und Beiträge transparenter machen, Service erhöhen

Die Bürgerinnen und Bürger werden mit Gebühren und Beiträgen immer stärker belastet.

Deshalb werden wir:

- für eine transparente Kalkulation der Gebühren sorgen und uns für zusätzliche Sparmöglichkeiten einsetzen. Beispielsweise sollen sich in Zukunft mehrere Nachbarhaushalte eine Restmülltonne teilen können.
- die kostenfreie Entsorgung von Grünabfällen und Sperrmüll in Steinbach beibehalten. Den Container-Platz an der Altkönighalle mit der Entsorgung von Grünabfall rund um die Uhr wollen wir ausbauen.
- durch eine stärkere Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden – interkommunale Zusammenarbeit – auch in Zukunft Geld einsparen. So wollen wir prüfen, ob die Zusammenlegung der Personalverwaltungen und ausgewählter Aufgaben des Hauptamtes (›Backoffice«-Aufgaben) zu Einsparungen (insbesondere bei den Personalkosten) führen können.

Wohlfühlen in Steinbach

Die Lebensqualität in der Stadt ist das entscheidende Kriterium, wenn es um die ganz persönliche Frage geht, ob wir uns in Steinbach wohlfühlen. Wir leben sehr gerne in Steinbach und wollen, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger mit unserer Stadt identifizieren.

Deshalb setzen wir uns ein:

- für mehr öffentliches Grün, Fuß- und Wanderwege,
- für die Pflege und Erhalt des Stadtwaldes.
- für die Initiative, die öffentlichen Flächen in der Aue am Steinbach langfristig zu einem Stadtpark auszubauen.
- für den Erhalt der Grünflächen oberhalb der Brummermannsiedlung und der Obergasse.
- für den Ausbau von Spiel- und Bolzplätzen, denn attraktive Spiel- und Sportplätze gehören zur Lebensqualität einer Stadt.
- für die Vergrößerung des zentralen Spielplatzes am Weiher: Wir möchten die Verlagerung des Kleinkinderspielplatzes auf die andere Bachseite erreichen, damit Kleinkinder ungestörter spielen können.
- für zusätzliche Überdachungen für Jugendliche auf Spiel- und Bolzplätzen.
- für die Verbesserung der Gestaltung der Thüringer Anlage im Rahmen der ›Sozialen Stadt«.
- für die Sanierung des restlichen Abschnitts der Berliner Straße.
- für die dauerhafte Befestigung bzw. Asphaltierung der Gemaa-Gass zwischen Untergasse und Gassengarten, des Zwingerweges zwischen Bahnstraße und Wiesenstraße und des Nicolaiweges und die Weiterführung des Spazierweges ›Unter der Weid« oberhalb der Gärten als Kiesweg – soweit es die Haushaltslage zulässt. Befestigte Wege sollen Namen und Straßenschilder erhalten. Neue Namen sollen vorrangig aus der Orts- und Heimatgeschichte abgeleitet werden.
- für den bedarfsgerechten Ausbau des Neuwiesenweges und der Waldstraße zu den Sportanlagen und zur Phorms-Schule – sofern es die Haushaltslage zulässt.

- für weitere Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr, sowohl bei der Wegführung als auch bei den Abstellanlagen.
- für die Schaffung eines Geh- und Radweges nach Niederhöchstadt entlang der Landesstraße, denn die bestehenden Feldwege sind zu wenig bekannt, und viele Radfahrer nutzen stattdessen die gefährliche Landstraße.
- für die Vermarktung der verbliebenen, nicht von der Phorms-Schule gekauften Teile des ehemaligen Waldbadgeländes.

Erhalt des Pijnacker-Platzes als historische Mitte – Stärkung des Einzelhandels in Steinbach – Umbenennung des Pijnacker-Platzes

Zu Hause in der Nähe einkaufen zu können wird immer wichtiger für Menschen jeden Alters.

Deshalb wollen wir erreichen:

- Der historische Ortskern Steinbachs muss erhalten bleiben. Die Traditionspflege des Geschichts- und Heimatkundevereins mit dem Museum im Backhaus wollen wir weiter fördern.
- Der Pijnacker-Platz selbst sollte wieder seinen ursprünglichen Namen zurückerhalten, so wie ihn viele alte Steinbacher noch heute nennen: ›Freier Platz‹.
- Die Durchfahrt Bornhohl/Freier Platz soll erhalten bleiben.
- Wir wollen, dass die kleinen Geschäfte am Pijnacker-Platz erhalten bleiben, genauso wie der Einzelhandel in der Bahnstraße, Eschborner Straße und der Kirchgasse.
- Wir wünschen uns ein Café in Steinbach, eine gemütliche Bar oder ein Bistro zum Verweilen am Nachmittag und als Treffpunkt für Jugendliche oder junge Erwachsene am Abend und am Wochenende.
- Wir freuen uns, dass der Wochenmarkt auf dem Pijnacker-Platz großen Zuspruch erhält. Wir möchten ihn weiter fördern und weitere Marktteilnehmer aktivieren.
- Im Stadtkern sollen entsprechend der berechtigten Forderung des Gewerbevereins zusätzliche Parkplätze entstehen, und das Parken auf dem Pijnacker-Platz, zeitlich begrenzt in den Abendstunden, soll ermöglicht werden.
- Die Untergasse sollte als Verbindung von alter und neuer Mitte mittelfristig verkehrsberuhigt und barrierefrei ausgebaut und wenn möglich für den Radverkehr in beide Richtungen geöffnet werden.

Gestaltung der neuen Mitte rund um den St.-Avertin-Platz – Projekt ›Soziale Stadt‹ für weitere Investitionen nutzen

Eine der wichtigsten städtebaulichen Aufgaben in den nächsten Jahren ist die Gestaltung der ›Neuen Mitte‹ rund um den St.-Avertin-Platz.

Dafür haben FDP und SPD sich vorgenommen:

- Die Bebauung des Gebäudes des ehemaligen Netto-Marktes kann noch im Jahr 2016 erfolgen. Im Neubau auf diesem Gelände sollen im Erdgeschoss Ladengeschäfte und in den oberen Geschossen ca. 30 hochwertige Eigentumswohnungen entstehen.
- Bei der Neubebauung des ehemaligen Penny-Marktes in der Berliner Straße im Jahre 2016 soll möglichst ein Einkaufskiosk zur Nahversorgung in das Erdgeschoss einziehen.

- Wir wollen den Wiederaufbau des Bürgerhauses zügig und mit einer verbesserten Ausstattung abschließen. Die Neugestaltung des St.-Avertin-Platzes selbst soll gleich anschließend durchgeführt werden. Als letzten Baustein gilt es dann noch, die Sanierung des Hessenrings und der Untergasse mit Unterstützung durch das Förderprogramm ›Soziale Stadt‹ voranzutreiben.
- Wir unterstützen die Einrichtung von Bürgergärten ›Auf der Schanz‹ hinter der Berliner Straße, die Neugestaltung der Thüringer Anlage, die Aufwertung der Herzbergstraße, die Neugestaltung der Fußwege und der Glas- und Papier-Container.
- Die öffentlichen Flächen in der Steinbachau als Treffpunkte und zum Entspannen sollen ausgebaut werden.

Neue attraktive Baugebiete ›Am Alten Cronberger Weg‹ und ›Am Taubenzehnten II‹

Der geltende Stadtentwicklungsplan ist die Grundlage für die weitere Entwicklung Steinbachs als Stadt im Grünen.

Die weitere Stadtentwicklung soll wie folgt vorangetrieben werden:

- FDP und SPD setzen sich für eine maßvolle Bebauung Steinbachs ein. Hochhäuser und weiterer sozialer Wohnungsbau werden nicht angestrebt.
- Im Sinne einer gedeihlichen Mischung soll mit zukünftigen Baugebieten der Nachholbedarf an hochwertigen, individuell beplanbaren Baugrundstücken aufgeholt werden. Mit den daraus resultierenden Einnahmen sollen insbesondere Projekte der ›Sozialen Stadt‹ finanziert werden.
- Die Vermarktung von Baugebieten durch Bauträger wird mit Rücksicht auf die städtischen Finanzen und die große Nachfrage privater Bauherren vermieden; Baugrundstücke sollen stattdessen direkt an Private zum Höchstpreis verkauft werden.
- Die Stadt wird aus der Fehlbelegungsabgabe keine Belegungsrechte erwerben, sondern langfristig öffentliches Wohneigentum in Steinbach schaffen.
- Das Baugebiet ›Taubenzehnter II‹/›Auf der Beun‹ sollte nur bis zum Zufahrtsweg zum Fohlenhof erschlossen und realisiert werden, nicht darüber hinaus.
- Eine weitere Nachverdichtung in den sehr gut durchgrünteren Wohnquartieren der Nassauischen Heimstätte und des Volksbau- und Sparvereines sehen FDP und SPD kritisch. Steinbach weist hier eine Bebauung mit großzügigen Grünflächen auf, die es zu erhalten gilt. Eine bauliche Verdichtung im Stadtinneren ist in Einzelfällen kritisch durch den Magistrat zu prüfen; ggf. ist ein Baubauungsplan aufzustellen. Eine maßvolle Bebauung im Zwingerweg kann nur erfolgen, wenn dabei eine faire Teilnahme der Stadt am Wertzuwachs der Grundstücke gesichert ist. Gleiches gilt für die Schließung der Baulücke am westlichen Ortsrand zwischen der bestehenden Bebauung Sodener Straße 9 und Königsteiner Straße 1–5 (sog. Tasche) für lockere Wohnbebauung.

Stärkung der Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit sind keine Randthemen, wenn es um den Wohlfühlfaktor in Steinbach geht. Wir wollen uns zu Hause sicher fühlen.

Die Koalitionäre haben dafür folgendes vereinbart:

- FDP und SPD wollen die Sicherheit in Steinbach weiter verbessern und setzen dabei auf eine gute Zusammenarbeit mit der Polizeistation Oberursel und dem Präventionsrat.
- Eine Videoüberwachung am Weiher oder am Pijnacker-Platz lehnen wir ab. Sie ist nach der aktuellen Rechts- und Tatsachenlage unzulässig. Stattdessen setzen wir auf:
 - eine verstärkte Präsenz der Stadtpolizei, des freiwilligen Polizeidienstes, und zwar zu Fuß;
 - die Fortführung des Leon-Hilfe-Insel-Programms für Kinder;
 - die Fortführung des Präventionsrates und der Nachbarschaftsinitiativen;
 - die Weiterführung des freiwilligen Polizeidienstes und des Projektes ›Schutzmann vor Ort‹;
 - die Weiterführung des elektronischen Beschwerde-Managements zur Übermittlung und Nachverfolgung von Vorfällen an die Stadtverwaltung.
- Wir setzen uns gemeinsam mit dem Bürgermeister dafür ein, den innerörtlichen Verkehr weiter zu beruhigen.
- Steinbach muss langfristig eine barrierefreie Stadt werden. Auch wenn Haushaltsmittel knapp sind, muss an dem Projekt ›Unbehinderte Mobilität‹ festgehalten werden. Der barrierefreie Ausbau aller Steinbacher Bushaltestellen ist bereits auf den Weg gebracht und muss abgeschlossen werden.
- Ein wichtiges Projekt in diesem Zusammenhang ist der barrierefreie Ausbau des Bahnhofs Steinbach/Weißkirchen. Wir wollen erreichen, dass hier eine mittelfristige Planung zusammen mit der Deutschen Bahn erfolgt.

Nahverkehr und Infrastruktur erhalten und ausbauen

Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist das Zukunftsthema in einer wachsenden Region wie dem Rhein-Main-Gebiet. Er dient auch der weiterhin notwendigen Entlastung Steinbachs vom Durchgangsverkehr. Mit dem Bahnhof Steinbach/Weißkirchen haben wir schon jetzt eine gute Anbindung an das Frankfurter S-Bahn-Netz mit guten Taktzeiten.

Nahverkehr und Infrastruktur wollen wir wie folgt erhalten und weiter verbessern:

- Aufgrund der Tatsache, dass sich der S-Bahnhof am Rande Steinbachs befindet, ist es für uns sehr wichtig, die Buslinien 251 und 252 als Zubringer und Stadtbus zu erhalten.
- Gleichzeitig setzen wir uns für eine Reform der RMV-Tarife ein: Wir wollen erreichen, dass Steinbach wie Eschborn in die Frankfurter Tarifzone einbezogen wird, zumindest aber die Tarife stärker an den gefahrenen Kilometern orientiert werden.
- Der Bau der sogenannten Regionaltangente West, die Bad Homburg, Steinbach, Eschborn und Frankfurt-Höchst mit dem Flughafen und Neu-Isenburg verbindet, wird von uns nachdrücklich befürwortet. Unsere Stadt würde damit weiter an Erreichbarkeit und Attraktivität gewinnen – das gilt es zu unterstützen.
- Schnelles Internet, d. h. der Ausbau der Breitbandinfrastruktur wird heute als ständig verfügbare Informationsquelle und als Standortfaktor für Gewerbe und Wohnen immer wichtiger. Da mit weiterem Bedarf an Bandbreite zu rechnen ist, soll die Mitverlegung von Leerrohren für Glasfaserkabel bei Straßenerneuerungen in Steinbach Standard sein; in Neubaugebieten sollten möglichst von Anfang an Glasfaserkabel verlegt werden.

Pflege und Erhalt unseres Sportzentrums – verbesserter Wiederaufbau des Bürgerhauses mit Vereinsküche

Vereine und Kirchen sind Teil unserer Identität, sie sind die Seele der Stadt. Ehrenamtliche leisten einen unschätzbaren Einsatz; sie fördern die Integration und bieten Kindern und Jugendlichen neue Erfahrungen und Selbstbewusstsein. Die Steinbacher Vereine werden wir deshalb mit all unseren zur Verfügung stehenden Kräften in sinnvoller Weise unterstützen. Steinbach besitzt ein großes Sportzentrum, das es zu pflegen und zu erhalten gilt.

FDP und SPD werden deshalb

- die Beiträge der Vereine – insbesondere der Jugendgruppen – für die Nutzung der Sportstätten niedrig halten.
- das Bürgerhaus verbessert aufbauen: mit einem zweiten barrierefreien Zugang, einer Vereinsküche und Trennmöglichkeiten innerhalb des großen Saales, damit bei Bedarf zusätzliche Clubräume abgeteilt werden können, und mit Abstellmöglichkeiten für die Vereine im Keller.

Freiwillige Feuerwehr, Kleiderkammer, Bürgerstiftung – Eigeninitiative fördern

In finanziell schwierigen Zeiten sind Eigeninitiative und Gemeinschaftssinn gefragt. FDP und SPD begrüßen dieses Engagement ausdrücklich.

Wir sind sehr stolz auf die hervorragende Arbeit der Steinbacher Feuerwehr: Die Kameradinnen und Kameraden der Einsatzabteilung leisten freiwillig Dienst für die Stadt und ihre Bürger und setzen dabei für uns ihre Gesundheit und letztlich auch ihr Leben aufs Spiel. Sie verdienen deshalb gute Ausrüstung und adäquate Unterbringung.

FDP und SPD kommen deshalb in folgenden Punkten überein:

- Wir setzen uns für einen Neubau des Feuerwehrgerätehauses bzw. der -umkleiden mittel- und langfristig im Rahmen des Projekts ›Soziale Stadt‹ ein.
- Die Kleiderkammer, die von der Arbeiterwohlfahrt AWO ehrenamtlich in der Seniorenwohnanlage Kronberger Straße 2 betreut wird, die Bürgerstiftung ›Bürger helfen Bürgern‹ sowie das Projekt ›Sauberhaftes Steinbach‹ werden wir auch in Zukunft unterstützen.
- Traditionelle Veranstaltungen wie das Rathauskonzert, der Bürgerschoppen, die Kerb, der Jazz am Apfelweinbrückchen, die historische Grenzwanderung, der Weihnachtsmarkt und unser Stadtfest sollen fortgeführt werden.
- Unsere Partnerschaften mit St. Avertin in Frankreich und Steinbach-Hallenberg in Thüringen gilt es weiter zu pflegen.

Bildung als Querschnittsaufgabe

FDP und SPD stimmen darin überein, dass Bildung für die Zukunft einer Stadt eine themenübergreifende Bedeutung hat und in der Steinbacher Politik künftig einen noch höheren Stellenwert erhalten muss.

Die Koalition vereinbart deshalb zur Förderung der Bildung als Querschnittsaufgabe:

- Der Sozialausschuss wird um das Thema Bildung erweitert und heißt künftig ›Ausschuss für Soziales, Bildung, Integration, Sport und Kultur‹.
- Weitere Programme zur Förderung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sollen gesucht, geprüft und ggf. in geeigneter Weise eingeführt werden.
- Die neue Phorms-Schule am Steinbacher Stadtwald ist ein Aushängeschild für unsere Stadt und ein Segen für die Region: Sie bereichert als zweisprachige Privatschule (Deutsch-Englisch) die Schullandschaft im Hochtaunuskreis. Sie wird von uns unterstützt.
- Die Steinbacher Stadtbücherei muss weiterhin kostenfrei bleiben. Sie soll zu einem Zentrum für Kultur und Bildung werden. Die Vorlesestunden in der Stadtbücherei sollen ausgeweitet und bekannter gemacht werden; es sollen dadurch zudem mehr freiwillige Vorleser gewonnen werden.

Wahlfreiheit bei Betreuungsangeboten von Anfang an

Die Lebensqualität der Stadt für junge Familien hängt schon vom Betreuungsangebot für die ganz Kleinen – die Unter-3-Jährigen – ab. Auch hier gilt unser Grundsatz der Wahlfreiheit für die Entscheidung zwischen verschiedenen pädagogischen Konzepten und Trägern. FDP und SPD begreifen Betreuungseinrichtungen jedoch nicht in erster Linie als Verwahrung zur Entlastung der Eltern, sondern als Stätten frühkindlicher Bildung und Befähigung, die ihren Beitrag zum Gedeihen unserer Gesellschaft zu erbringen haben.

Die Kinderbetreuung wollen FDP und SPD wie folgt ausbauen:

- Neben attraktiven Krippen wollen wir auch eine attraktive Tagespflege. Private Tagesmütter – und -väter – sollen gestärkt werden, damit sich auch in Zukunft genügend Tagesmütter zur Betreuung von Kindern entscheiden, zum Beispiel durch bessere Information und Vermittlung und verbesserte Rahmenbedingungen und Zuschüsse, vor allem eine Investitionskostenpauschale pro Kind, denn die Stadt muss für private Tagespflege selbst kein Geld für die Einrichtung eines Betreuungsplatzes aufwenden.
- Die Zahl der Betreuungsplätze von städtischen und kirchlichen Einrichtungen soll auch weiterhin ausgebaut werden.
- Für 2017/2018 ist der Bau von 20 weiteren U3-Plätzen in der Katholischen Kindertagesstätte geplant. Wir unterstützen nachdrücklich diesen Ausbau, um die Vielfalt an Konzepten und Trägern zu erhalten.
- Gleichzeitig setzen wir uns für den Abriss und Neubau der Katholischen Kindertagesstätte St. Bonifatius ein. Wir wollen keine Sanierung des alten Gebäudes, sondern einen Neubau, der aktuellen Standards und modernen pädagogischen Anforderungen gerecht wird und energetisch wirtschaftlicher ist.
- Wir wollen die Vielfalt der pädagogischen Konzepte und Träger erhalten. Wir wollen städtische und konfessionelle Einrichtungen gleichermaßen stärken und erhalten. Jede Kindertagesstätte sollte über eine eigene U3-Betreuung verfügen. Sollte eine weitere Kindertagesstätte gebaut werden, soll die Stadt Träger dieser Einrichtung werden
- Neben dem Angebot von Plätzen wollen wir auch die Qualität der Betreuung in Kindertagesstätten und Kindergärten verbessern: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der unterschiedlichen Einrichtungen sollen deshalb regelmäßig zu einem ›Qualitätsforum Kinderbetreuung‹ zusammenkommen, das selbständig an Analyse, Zielsetzung und Qualitätsverbesserung arbeitet und über seine Arbeit berichtet.

- Wir setzen uns als Koalition dafür ein, dass die Öffnungszeiten und das Betreuungsangebot im Einvernehmen mit dem Erzieherinnen und Erziehern noch familienfreundlicher gestaltet werden, die Betreuungszeiten flexibler werden. Dazu sollen die Kindergärten verstärkt zusammenarbeiten und eine zentrale Platzanmeldung in Steinbach erfolgen.
- Das Programm KISS (Kinder-Sprach-Screening) zur Früherkennung von Problemen bei Sprachfähigkeit und Kommunikationsverhalten wird fortgeführt und auf alle städtischen Kindertageseinrichtungen ausgedehnt.
- Wenn der Bedarf nach Nachmittagsbetreuung weiter wächst, wollen wir den Ausbau der 6. Gruppe der Betreuungsschule an der Geschwister-Scholl-Schule vorantreiben – der dafür erforderliche Gruppenraum ist bereits vorhanden.
- Langfristig ist es unser Ziel – gemeinsam mit dem Kreis, dem Land und vor allem der Schulgemeinde – die Geschwister-Scholl-Schule zur Ganztagschule auszubauen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Kindergartengebühren von Land und Bund übernommen werden, um den Kommunen einen größeren Handlungsspielraum zu ermöglichen.

Soziales und Integration – das Förderprogramm ›Soziale Stadt‹ als große Chance für Steinbach nutzen

Die Aufnahme Steinbachs in das Städtebauförderprogramm ›Soziale Stadt‹ ist eine große Chance für Steinbach, die es zu nutzen gilt.

Das Projekt ›Soziale Stadt‹ sieht Investitionen in die städtische Infrastruktur und im sozialen Bereich vor: Es umfasst für die kommenden 10 Jahre Investitionen im Gesamtvolumen von über 21 Mio. Euro, von denen ca. zwei Drittel vom Land und Bund getragen werden. Wir wollen das Quartier rund um die Berliner Straße deutlich aufwerten, und zwar in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Jugendarbeit und Integration sind dabei besonders wichtig.

Jugendarbeit stärker fördern

Die Jugend ist unsere Zukunft und verdient deshalb Aufmerksamkeit und Förderung.

FDP und SPD wollen die Jugendarbeit wie folgt stärker fördern:

- Eine erfolgreiche Jugendarbeit muss alle jungen Steinbacherinnen und Steinbacher ansprechen. Dabei gilt: Der größte Teil unserer Jugendarbeit findet in den Vereinen statt. Dieses gesellschaftliche Engagement hat für uns als Koalition Priorität und muss weiter gefördert werden. Deshalb soll es bei den reduzierten Nutzungsgebühren für Jugendgruppen der Vereine in der Altkönighalle bleiben.
- Im Rahmen der ›Sozialen Stadt‹ wollen wir die Jugendarbeit in Steinbach weiter beleben. Wir wollen Treffpunkte für Jugendliche schaffen und eine gezielte Jugendarbeit im Stadtteil durchführen. Dazu setzen wir auf den Ausbau des Stadtteilbüros zum Jugendtreffpunkt und eine aufsuchende Jugendarbeit durch einen ›Streetworker‹.
- Wir wollen Jugendliche für Politik begeistern und sie zum Mitmachen animieren. Dazu wollen FDP und SPD das Gespräch mit den Kirchen, Vereinen und politischen Jugendorganisationen suchen.

Integration als zentrale Herausforderung für Steinbach

Die gezielte Integration der Flüchtlinge und seit langem hier lebenden Migranten ist eine zentrale Aufgabe der Politik der nächsten Jahre.

FDP und SPD wollen die Integration wie folgt stärker fördern:

- Nachdem sich nicht ausreichend Kandidaten für einen Ausländerbeirat in Steinbach gefunden haben, setzen wir uns für die Bildung einer Integrationskommission in Steinbach ein.
- Im Rahmen der ›Sozialen Stadt‹ sollen gezielt Programme und Maßnahmen zur Integration der in Steinbach lebenden Migranten erarbeitet werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft in Steinbach ein umfangreiches Angebot an Bildungsmöglichkeiten vorfinden, denn Bildung ist der Schlüssel zur Integration von Flüchtlingen und Migranten.
- Für den Einstieg sind niedrigschwellige Angebote besonders wichtig. Deshalb wollen wir kostenlose Deutschkurse anbieten, etwa in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule, damit jeder Deutsch lernen kann – ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus und Bildungsstand.
- Das Pilotprojekt ›Mama lernt Deutsch‹ an der Schule, das derzeit sehr erfolgreich ist, muss weitergeführt und ausgedehnt werden. Ein Pilotprojekt ›Papa lernt Deutsch‹ soll auf den Weg gebracht werden.
- Das Integrationsprogramm für junge Menschen aus Einwanderungsfamilien in Zusammenarbeit mit dem Hochtaunuskreis und der Caritas muss weitergeführt werden: Es beinhaltet den Aufbau einer Bildungsbegleitung durch ehrenamtliche Patenschaften.
- Fortgeführt und weiterhin unterstützt sollte die Migrations- und Integrationsberatung der Caritas. Gleiches gilt für die Hausaufgabenhilfe der Caritas.
- Die Förderung des Sports für Migranten bzw. Flüchtlinge durch einen Sportbetreuer im Rahmen des aktuellen Landesförderprogramms in Zusammenarbeit mit den Vereinen wird fortgesetzt.

Unterbringung und Integration der Flüchtlinge in Steinbach

Die Möglichkeiten der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen sind – auch bei uns in Steinbach – begrenzt. Unsere Stadt muss neben allen Herausforderungen des Tagesgeschäftes bei der Erstaufnahmen von Flüchtlingen jedoch heute schon die Weichen für die Zukunft stellen:

Deshalb kommen FDP und SPD wie folgt überein:

- Die Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer bei ihrer wertvollen Arbeit ist uns eine besondere Verpflichtung. Sie soll möglichst sogar noch verstärkt werden.
- Ein Projekt für weitere Patenschaften von Bürgern für Flüchtlinge soll unverzüglich auf den Weg gebracht werden.
- Wir befürworten als Koalition die zeitlich befristete Unterbringung von ca. 120 Flüchtlingen in Containern am Sportplatz: Der Standort ist gut geeignet, um die Integration über den Sport besonders zu fördern. Gleichzeitig können Deutschkurse in der Jahn-Stube der Alt-

könighalle fußläufig angeboten werden. Mittel- und langfristig sollen aber alle Flüchtlinge in Steinbach dezentral und in regulären Wohnungen untergebracht werden.

Seniorinnen und Senioren in Steinbach

FDP und SPD ist es wichtig, dass sich alle Steinbacherinnen und Steinbacher nach dem Eintritt in das Rentenalter weiterhin in unserer Stadt wohlfühlen. Steinbach hat bereits viel zu bieten für Seniorinnen und Senioren. Zudem gibt es zahlreiche bestehende Angebote, die sich nicht ausschließlich an Senioren richten, die auch für Senioren attraktiv sind und gut angenommen werden.

Die Koalitionäre wollen die Lebensqualität für Senioren erhalten und verbessern:

- Die Information über bestehende Angebote über die Seniorenbrochure soll fortgeführt werden.
- Wir setzen uns ein für eine gute ärztliche Betreuung, die den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht wird.
- Wir setzen uns ein für die Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs in Laufweite, durch Nachbarschaftshilfe oder ›Die Brücke‹ und durch die Verbesserung der Erreichbarkeit von Märkten mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Eine Bushaltestelle in der Nähe von Rewe soll geschaffen werden, wenn das neue Gewerbegebiet ›Im Gründchen‹ entsteht; die Bushaltestelle bei Edeka soll in den Fahrplan aufgenommen werden.
- Unser Bestreben ist es, das Angebot für altersgerechtes Wohnen weiter zu verbessern, vor allem durch Umbauten im Bestand, insbesondere bei öffentlich geförderten Wohnungen.
- Die Investitionen im Rahmen der sozialen Stadt – z. B. die Neugestaltung der Untergasse, des St.-Avertin-Platzes und der Berliner Straße – wollen wir nutzen, um Steinbachs Straßen barrierefrei zu machen.
- Wir wollen prüfen, ob ein verbessertes öffentliches WC am St.-Avertin-Platz realisierbar ist oder sich eine andere Lösung finden lässt.
- In den letzten Jahren wurden innerhalb und um Steinbach herum zusätzliche Ruhebänke aufgestellt, die zum Verweilen einladen. Das möchten wir noch verstärken.
- Wie werden prüfen, ob in Steinbach ein Bewegungsparcours, insbesondere für Ältere, eingerichtet werden kann.
- Die Stadt bietet sehr beliebte Kaffeenachmittage für Senioren an, die unbedingt weitergeführt werden sollten. Zusätzlich wünschen wir uns mehr Seniorenausflüge – kostendeckend organisiert durch die Stadt.
- Die Seniorenkommission der Stadt ist ein wichtiger Beitrag zur Interessenvertretung älterer Bürger und sollte beibehalten werden.
- Wir unterstützen altersgerechte Weiterbildungsmöglichkeiten für Senioren, insbesondere durch die Volkshochschule.

§ 3

Personalentscheidungen

(1) Mitglieder in parlamentarischen Gremien

Die nachfolgend genannten parlamentarischen Gremien sollen folgende Anzahl von Mitgliedern haben:

- (1.1) Magistrat
7 Mitglieder

- (1.2) Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers
3 Stellvertreter

Als Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers wird jeweils ein Stadtverordneter der Partei benannt, die nicht den Stadtverordnetenvorsteher benennt. Die Partei, aus deren Reihen der Stadtverordnetenvorsteher gewählt wurde, benennt keinen Stellvertreter.

- (1.3) Parlamentsausschüsse
 - (1.3.1) Ältestenausschuss
5 Mitglieder
 - (1.3.2) Hauptausschuss
9 Mitglieder
 - (1.3.3) Bauausschuss
9 Mitglieder
 - (1.3.4) Sozialausschuss
9 Mitglieder
 - (1.3.5) Soziale Stadt
9 Mitglieder

(2) Stadtverordnetenvorsteher, stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Für das Mandat des Stadtverordnetenvorstehers wird Herr Manfred Gönsch (SPD) vorgeschlagen.

Die Reihenfolge der 3 Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers ist: FDP, CDU, Bündnis 90/Die Grünen. Hierzu wird eine gemeinsame Liste der genannten Parteien angestrebt.

(3) Bürgermeister

FDP und SPD ist es freigestellt, für die Direktwahl des Bürgermeisters im Jahr 2021 einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Sollte Amtsinhaber Bürgermeister Dr. Stefan Naas erneut antreten, wird der Koalitionspartner keinen Bewerber aus dem Magistrat als Gegenkandidat benennen. Im Koalitionsausschuss wird rechtzeitig vor Aufstellung

des Kandidaten beraten, ob und wie eine Kandidatur mit Unterstützung der Koalition erreicht werden kann.

(4) 1. Stadtrat

Für das Mandat des 1. Stadtrats wird die FDP-Fraktion eine Kandidatin/einen Kandidaten vorschlagen.

(5) Magistrat

Der Magistrat besteht aus 7 ehrenamtlichen Mitgliedern. Es entfallen rechnerisch auf die FDP 3 Sitze, auf die SPD 2 Sitze, auf die CDU 1 Sitz und auf das Bündnis 90/Die Grünen 1 Sitz.

Die Vertretungsreihenfolge des Bürgermeisters und des 1. Stadtrates in der Koalition wird einvernehmlich mit dem Bürgermeister festgelegt. Nach Bürgermeister und 1. Stadtrat wird ein Stadtrat/Stadträtin der SPD in der Vertretungsreihenfolge benannt.

(6) Parlamentsausschüsse, Vorsitz und stellvertretender Vorsitz

Die Anzahl der Mitglieder ergibt sich aus § 3 Absatz (1.3).

Ältesten-Ausschuss (5 Mitglieder)

Es entfallen auf die FDP 2, SPD 1, CDU 1 und Bündnis 90/Die Grünen 1 Sitz.

Haupt- und Finanzausschuss und Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss (9 Mitglieder)

Es entfallen auf die FDP 3, SPD 3, CDU 2 und Bündnis 90/Die Grünen 1 Sitz.

Ausschuss für Soziales, Bildung, Integration, Sport und Kultur (9 Mitglieder)

Es entfallen auf die FDP 3, SPD 3, CDU 2 und Bündnis 90/Die Grünen 1 Sitz.

Ausschuss für das Projekt Soziale Stadt (9 Mitglieder)

Es entfallen auf die FDP 3, SPD 3, CDU 2 und Bündnis 90/Die Grünen 1 Sitz.

Ausschussvorsitze und stellvertretende Vorsitze werden wie folgt aufgeteilt:

	Vorsitz	Stellv. Vorsitz
Ältestenausschuss:	N.N. (Opposition)	SPD
Haupt- und Finanzausschuss:	SPD	N.N. (Opposition)
Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss:	FDP	SPD
Ausschuss für Soziales, Bildung usw.	N.N. (Opposition)	N.N. (Opposition)
Ausschuss für die Soziale Stadt:	FDP	SPD

(7) Verbandskammer im Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main

Vertreter	Stellvertreter	weiterer Stellvertreter
FDP	SPD	FDP

(8) Verbandsversammlung Wasserbeschaffungsverband Hochtaunus

Vertreter	Stellvertreter
1 x SPD	1 x SPD
1 x FDP	1 x FDP
1 x CDU	1 x Bündnis 90/Die Grünen

(9) Verbandsversammlung Verkehrsverband Hochtaunus

Vertreter	Stellvertreter
1 x SPD (Stimmführer)	1 x FDP (Vertreter)
1 x CDU (Stimmführervertreter)	1 x B. 90/Die Grünen (Vertreter)

(10) Verbandsversammlung KGRZ KIV in Hessen (vom Magistrat gewählt)

Vertreter	Stellvertreter
1 x SPD	1 x CDU

(11) Bürgerstiftung ›Bürger helfen Bürgern‹

Zu wählen sind 6 Mitglieder des Stiftungsrates. Es besteht Einigkeit, dass eine Besetzung dieses Gremiums anlog der Vergangenheit mit sachkundigen Bürgern erfolgen soll. Insoweit alle bisherigen Amtsinhaber ihre Bereitschaft zur Fortführung ihres Mandates erklären, sollen diese zur Wiederwahl vorgeschlagen werden.

(12) Seniorenkommission

Zu wählen sind insgesamt 8 Mitglieder, davon 4 aus der Stadtverordnetenversammlung sowie 4 sachkundige Bürgerinnen/Bürger. Es besteht Einvernehmen, dass die Besetzung der Seniorenkommission anlog der bisherigen Besetzung erfolgen soll.

(13) Ausländerkommission

Zu wählen sind insgesamt 8 Mitglieder, davon 4 aus der Stadtverordnetenversammlung sowie 4 sachkundige Bürgerinnen/Bürger. Es besteht Einvernehmen, dass die Besetzung der Ausländerkommission anlog der bisherigen Besetzung erfolgen soll.

(14) Präventionsrat

Zu wählen sind insgesamt 8 Mitglieder, davon 4 aus der Stadtverordnetenversammlung sowie 4 sachkundige Bürgerinnen/Bürger. Es besteht Einvernehmen, dass die Besetzung der Präventionsrat anlog der bisherigen Besetzung erfolgen soll.

(15) Nachwahl

Bei Ausscheiden eines Vertreters oder Stellvertreters in den genannten Gremien (7–14) ist in derselben Konstellation wie vorstehend nachzuwählen. Es findet kein ›Aufrücken‹ statt.

Steinbach (Taunus), den 10. April 2016

Für die FDP

Für die SPD

Lars Knobloch

Moritz Kletzka

Astrid Gemke

Jürgen Galinski

Kai Hilbig

Manfred Gönsch

Werner Dreja

Norbert Möller